



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 04.09.2026 bis 11.09.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Aserbaidshen: Oppositionsführer Ali Karimli in Haft	3
Botsuana: Eswatini – ein Pastor unterrichtet Pastoren	4
China: Anwältin der „Zion-Kirche“ nach Taiwan geflohen	5
Deutschland, Österreich, Schweiz: 10 Tage Gebet für jüdische Menschen	6
Deutschland: Kardinal: Möge der „Marsch für das Leben“ ein starkes Signal senden	7
Deutschland: Kritik an landeskirchlichem Interview zu „WitchTok-Trend“	8
Deutschland: Wahllokal in Moschee: Fehlende Trennung zwischen Staat und Religion?	10
Großbritannien: Und weitere Länder boykottieren Siedlungsprodukte	11
Israel: Erste Festnahmen nach Siedlergewalt in Kusra	14
Israel: Humanitärer Helfer entpuppt sich als Terrorist	15
Kirgistan: Hoffnung auf 2. Gerichtsverhandlung	16
Myanmar: Anhaltende Unruhen	17
Nigeria: Mons. Ugorji kritisiert „absolute Kontrolle“ über Missions- und Privatschulen	18
Pakistan: Christliche Krankenschwester als Heldin gewürdigt	19
Philippinen: Der Seelsorger Eduardo „Eddie“ Balindres wurde ermordet	20
Russland: Verzweifelter Hilferuf aus einem russischen Gefängnis	21
Ukraine: Beten Sie, dass der Krieg endlich aufhört!	22
Ukraine: Drohnenangriff zerstört Lager deutscher Hilfsorganisation	23
USA: Die Folgen einer Zeitenwende	24
USA: Muslime zwischen Wachstum und Misstrauen	26

Aserbaidshan: Oppositionsführer Ali Karimli in Haft

„Deutschland und EU müssen jetzt handeln – Menschenrechte dürfen nicht dem Energiehandel geopfert werden“

(IGFM) „Ali Karimli braucht jetzt einen Arzt und er braucht menschenwürdige Haftbedingungen. Wir fordern darüber hinaus die vollständige Einstellung des Strafverfahrens und Karimlis sofortige Freilassung. Deutschland und die EU dürfen nicht darauf warten, dass aus der politischen Repression eine medizinische Tragödie wird“, erklärt IGFM-Vorstandssprecher Valerio Krüger.

Politisch motiviertes Verfahren gegen führenden Demokraten

Karimli war Anfang der 1990er Jahre bereits als Staatssekretär tätig und gehört zu den bekanntesten demokratischen und proeuropäischen Oppositionspolitikern Aserbaidshans. Am 29. November 2025 wurde er nach einer Durchsuchung seines Hauses in Baku festgenommen. Ein Gericht ordnete kurz darauf Untersuchungshaft an. Die Behörden werfen ihm unter anderem Handlungen zur „gewaltsamen Machtübernahme“ und eine „gewaltsame Veränderung der Verfassungsordnung“ vor. Die IGFM bewertet das Verfahren als rein politisch motivierte Repression gegen die demokratische Opposition des Landes.

Gezielte Schikane und alarmierende Haftbedingungen

Neben der mangelnden Hygiene und der gezielten Wasserknappheit während einer Hitzewelle wurde Karimli zeitweise der Kontakt zu seiner Familie untersagt. Besonders brisant: Er wird gemeinsam mit einem psychisch kranken, mutmaßlichen IS-Kämpfer gefangen gehalten, was einen ausreichenden Schlaf fast unmöglich macht.

Warnendes Beispiel: Rund 400 politische Gefangene

Der Fall steht laut IGFM beispielhaft für das systematische Vorgehen des Regimes, das derzeit rund 400 Menschen in politisch motivierter Haft hält. Wie gefährlich die unzureichende medizinische Versorgung in aserbaidshanischen Gefängnissen ist, zeigt das Schicksal von Gozel Bayramli, der ehemaligen Stellvertreterin Karimlis. Sie wurde ebenfalls von der IGFM betreut und verstarb ein Jahr nach ihrer Haftentlassung an den Folgen einer zu spät behandelten Krebserkrankung. „Der Fall Gozel Bayramli muss uns eine Warnung sein. Bei Ali Karimli darf sich diese Tragödie nicht wiederholen“, betont Krüger.

IGFM an die EU: Menschenrechte dürfen keine Nebensache sein

Da Aserbaidshan im Zuge der europäischen Energie-Diversifizierung zu einem wichtigen Partner der EU geworden ist, fordert die IGFM, wirtschaftliche Beziehungen zwingend an Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen. „Wer mit Aserbaidshan wirtschaftliche und energiepolitische Beziehungen ausbauen will, muss auch die eigenen Geschäftsbedingungen klar benennen“, so Valerio Krüger.

Botsuana: Eswatini – ein Pastor unterrichtet Pastoren

Das Leben in Botsuana

„Die Kirche in Eswatini [ehemals Swasiland] wächst, und 15 Pastoren, die ‚inoffiziell‘ waren (das heißt, die keinen Abschluss an einer Bibelschule oder einem Seminar hatten), wurden eingeladen, dem Verband der Pastoren beizutreten. Das Fehlen einer formalen Ausbildung ist kein Hindernis, Gott treu zu dienen. Aber einige von denen, die im pastoralen und evangelistischen Dienst tätig sind, absolvieren nun eine Ausbildung, um ihre Wirksamkeit zu steigern. Ich bin mit einer Bibelschule in Südafrika verbunden, die uns Module zur Verfügung stellt, um Ihre Bridgeway-Bücher zu ergänzen. Diese Arbeit ist ein großer Erfolg, und ich sehe, wie mein Traum wahr wird. Was Sie vor zwanzig Jahren in mir gesät haben, hat mir geholfen, zu wachsen und zu reifen, und trägt immer noch Früchte.“

Quelle: WORLDNEWS 332 Bridgeway Publications vom 15 August 2026 übersetzt und bearbeitet AKREF

China: Anwältin der „Zion-Kirche“ nach Taiwan geflohen

Zuvor musste ihre Kanzlei bereits die Tätigkeit einstellen

Taipei/Midland (IDEA) – Eine chinesische Anwältin, die inhaftierte Leiter der Pekinger Untergrundkirche „Kirche von Zion“ vertreten hat, ist mit ihrer Familie aus China geflohen. Das teilte die christliche Menschenrechtsorganisation ChinaAid (Midland/Texas) mit. Demnach traf Wang Xiahong, auch Ruth Wang genannt, am 3. September mit ihrem Ehemann und zwei kleinen Kindern in Taiwan ein und ersuchte die dortigen Behörden um Schutz. Die Zion-Kirche wurde 2007 in Peking gegründet und wuchs innerhalb weniger Jahre auf 1.000 Mitglieder. Sie gilt als eine der größten Untergrundkirchen Chinas. Im Oktober 2025 waren der Gründer der Gemeinde, Pastor Jin Mingri, und mehr als 30 weitere Mitglieder und Leiter in China festgenommen worden. Die Behörden warfen ihnen die illegale Verbreitung religiöser Informationen vor. Jin kam nach Gesprächen zwischen US-Präsident Donald Trump und Chinas Staatschef Xi Jinping am 4. Juli frei und reiste in die USA [aus](#). Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten Jin im Januar 2026 als „[Gefangenen des Monats](#)“ benannt und dazu aufgerufen, sich für ihn einzusetzen.

„Weckruf an die internationale Gemeinschaft“

Als Grund für die Flucht der Anwältin nannte ChinaAid massiven staatlichen Druck wegen Wangs Einsatzes für die verhafteten Mitglieder der Zion-Kirche. Zuvor sei ihre Kanzlei gezwungen worden, die Tätigkeit einzustellen. Wang habe befürchtet, weiter ins Visier der chinesischen Behörden zu geraten. Mit Rücksicht auf die Sicherheit der Familie machte die christliche Organisation keine näheren Angaben zu den Umständen der Ausreise. Der Gründer und Präsident von ChinaAid, Pastor Bob Fu, bezeichnete die Flucht als „Weckruf an die gesamte internationale Gemeinschaft“. Der Fall zeige den Druck, dem Anwälte ausgesetzt seien, die verfolgte Christen und andere Gewissensgefangene verteidigten. „Alles, was Anwältin Wang Xiahong getan hat, war, die grundlegendste berufliche Pflicht eines Anwalts zu erfüllen“, sagte Fu. Ihre Beteiligung an Fällen der Zion-Kirche habe sie fürchten lassen, selbst zur Zielscheibe zu werden. Fu appellierte an Taiwan, die USA und andere demokratische Regierungen, Wang und ihre Familie zu schützen: „Schickt sie nicht zurück zu der Regierung, vor der sie fliehen mussten.“ In China sind nur zwei christliche Kirchen anerkannt: die „Katholisch-Patriotische Vereinigung“ und die protestantische „Drei-Selbst-Bewegung“. Beide stehen nach Angaben des Hilfswerks Open Doors unter strenger staatlicher Kontrolle, die der „Sinisierung“ – der Anpassung an die chinesische Kultur – diene. In der Volksrepublik mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern leben Schätzungen zufolge bis zu 130 Millionen Christen.

Deutschland, Österreich, Schweiz: 10 Tage Gebet für jüdische Menschen

11. bis 21. September 2026

**Wir beten 10 Tage für jüdische Menschen,
dass sie Jeschua als ihren Messias* lieben lernen.**

*Jeschua, der Messias, ist Hebräisch für Jesus Christus.

Auf dieser Seite finden Sie alle Informationen über **10 Tage Gebet für jüdische Menschen**.

Dieses Jahr beten wir gemeinsam vom 11. bis zum 21. September 2026.

Herzliche Einladung!

Wir beten anhand von 10 Aspekten, die die Berufung des jüdischen Volkes beschreiben.

[Gebetsheft 2026 als PDF herunterladen](#)

entnommen aus AMZI

Deutschland: Kardinal: Möge der „Marsch für das Leben“ ein starkes Signal senden

Kirchenleiter würdigen die Demonstration und danken den Teilnehmern

Berlin (IDEA) – Führende Vertreter der römisch-katholischen Kirche und der Freikirchen unterstützen den „Marsch für das Leben“ am 19. September in Berlin und Köln. Sie schickten im Vorfeld Grußworte an den Veranstalter, den Bundesverband Lebensrecht (BVL/Berlin). Zu der Demonstration werden Tausende von Teilnehmern erwartet. Sie setzen laut dem Erzbischof von Köln, Rainer Maria Kardinal Woelki, gemeinsam ein Zeichen in einer Zeit, in der vieles relativiert und verhandelbar erscheine: „Das menschliche Leben ist unverfügbar – von seinem ersten Augenblick an bis zu seinem natürlichen Ende.“ Lebensschutz beginne nicht bei Resolutionen und Gesetzen, sondern im Herzen jedes Einzelnen. „Es geht darum, hinzusehen, wo andere wegschauen, die Stimme zu erheben, wo andere schweigen, und Verantwortung zu übernehmen, wo andere abwinken.“ Der Bundesverband Lebensrecht stehe für eine Kultur des Lebens, des Hinsehens und der konkreten Hilfe. Sein Anliegen sei, Frauen und Familien in Not nicht zu verurteilen, sondern ihnen Perspektiven und Unterstützung anzubieten. Die Teilnehmer des Marsches legten ein öffentliches Bekenntnis ab gegen Gleichgültigkeit und für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch willkommen sei. Der Kardinal: „Möge dieser Marsch ein starkes Signal senden – in unsere Städte, in Politik und Gesellschaft, in unsere Gemeinden und nicht zuletzt in unsere eigenen Herzen.“

Weihbischof: Humanität zeigt sich im Umgang mit den Schwächsten

Der Weihbischof im Bistum Münster, Stefan Zekorn, dankte dem Bundesverband Lebensrecht anlässlich seines 25-jährigen Bestehens für dessen beharrlichen Einsatz, menschliches Leben zu schützen. Der Marsch erinnere daran, dass sich die Humanität einer Gesellschaft besonders darin erweist, wie sie den Schwächsten begegnet: den Ungeborenen, den Kranken, Menschen mit Einschränkungen und den Sterbenden. Der Diözesanadministrator des Bistums Eichstätt (Oberbayern), Alfred Rottler, äußerte sich besorgt, wie das Recht auf Leben „mehr und mehr ausgehöhlt wird und so die Grundlagen unserer Demokratie infrage gestellt werden“. Ein Diözesanadministrator ist ein Geistlicher, der nach katholischem Kirchenrecht ein Bistum übergangsweise leitet, wenn der Bischofssitz vakant ist.

Präses des BFP: Für die Wahrheit eintreten

Der Präses des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP), Pastor Friedhelm Holthuis (Wuppertal), schreibt in seinem Grußwort: „Als Ermutigung für die, die selbst nicht mutig genug sind, ihre Stimme zu erheben, aber auch als Stellvertreter für die, die selbst noch keine menschlich hörbare Stimme, sind wir aufgerufen, für die Wahrheit einzustehen. Gott befürworte Leben als Ganzes. Dabei sei es ihm unwichtig, „wie alt oder jung wir sind oder ob wir gerade erst auf dem Weg sind, geboren zu werden. Er liebt Menschen bedingungslos und jederzeit.“ Holthuis verwies auf Erhebungen, die zeigten, dass Schwangere sich oft dem Druck der Gesellschaft beugten, anstatt sich befähigen zu lassen, Chancen wahrzunehmen: „Was wäre, wenn wir Gottes Liebe proaktiv praktisch werden lassen und auf schwangere Frauen und Familien zugehen, um herauszufinden, was sie brauchen.“ Der BFP ist mit rund 83.000 Mitgliedern die größte deutsche Freikirche. An den Märschen für das Leben in Berlin und Köln hatten 2025 nach Angaben der Veranstalter 5.700 Personen teilgenommen.

Deutschland: Kritik an landeskirchlichem Interview zu „WitchTok-Trend“

Württemberg: Bibelbund-Vorsitzender: Spezifisch theologische Sichtweise fehlt

Stuttgart/Lemgo (IDEA) – Ein Interview über den sogenannten „#WitchTok-Trend“ ist auf deutliche Kritik gestoßen. In dem auf der Internetseite der württembergischen Landeskirche veröffentlichten Interview äußerten sich der Gemeindepfarrer, Autor und Podcaster Fabian Maysenhölder sowie der Referent für Weltanschauungsfragen der Landeskirche, Philipp Kohler, zu Gründen und möglichen Gefahren des modernen Hexentrends auf der Internetplattform TikTok. Der Theologe und Vorsitzende des Bibelbundes, Michael Kotsch (Lemgo), bezeichnete deren Aussagen auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA als „erstaunlich und beängstigend“. Eine spezifisch geistliche oder theologische Perspektive fehle weitgehend. TikTok-Hexerei werde vor allem als „interessante Variante“ des spirituellen Lebensstils betrachtet und als ästhetisch und lebensnah anerkannt. Kotsch kritisierte, man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass auch die Kirchenvertreter das „konkurrierende spirituelle Angebot als attraktiv“ empfänden.

Maysenhölder: Hexe als Symbol der Selbstbestimmung

So sagte Maysenhölder, es sei zunächst anzuerkennen, dass viele Aspekte des Trends auf junge Menschen attraktiv wirkten. Wer ein bestimmtes Ritual durchführe, habe das Gefühl, die Welt ein Stück weit kontrollieren zu können. Zudem sei der Zugang niedrigschwellig. Man müsse weder einer Institution beitreten noch ein bestimmtes Bekenntnis ablegen. Maysenhölder bestätigte außerdem „die emanzipatorische Kraft“ dieser Bewegung, die man ernst nehmen solle. Die Hexe als Symbol sei eine Figur, die niemanden um Erlaubnis frage, um über sich selbst zu bestimmen. Gerade für Menschen, die von traditionellen Strukturen an den Rand gedrängt worden seien, sei das eine „echte Leistung“. Auch von der „Naturverbundenheit moderner Hexen“ könne man etwas lernen.

Warnung vor Betrug

Gleichzeitig warnte Maysenhölder, kranken Menschen würden „personalisierte Distanz-Heilungssessions“ für Hunderte Euro angeboten. Wer behaupte, ein Kerzenzauber wirke gegen eine schwere Krankheit, mache keine religiöse Aussage, sondern stelle eine medizinische Falschbehauptung auf. Der eigentliche Gegenentwurf des christlichen Glaubens sei „Vertrauen statt Verfügbarkeit“. Die Form des Gebets lasse Gott die Freiheit, auch nicht zu handeln. Das sei etwas fundamental anderes als ein Ritual, das ein Ergebnis erzwingen wolle.

Kohler: Ratschlag zur Gelassenheit

Kohler rät Menschen, die Angst vor diesem Trend haben, zu etwas Gelassenheit. Aus der Beratungsarbeit der Landeskirche wisse er, dass sich vor allem Eltern Sorgen um ihre heranwachsenden Kinder machten. Der Hashtag „#WitchTok“ bringe „die großen Fragen nach Sinn, Identität und Orientierung in einer ‚Multioptionsgesellschaft‘“ zum Ausdruck. Gleichzeitig warnt er vor der Gefahr, ausgenutzt zu werden, sowie vor Kanälen, die sich bewusst mit „dunkler“ Magie beschäftigten und mit denen anderen Menschen aktiv geschadet werden solle. Nicht selten gerieten Ratsuchende in Abhängigkeitsbeziehungen. Kritisch sieht Kohler zudem eine bei „WitchTok“ verbreitete Tendenz zur Fokussierung auf sich selbst als Mittelpunkt des Weltgeschehens.

Kotsch: Gott greift aktiv ins Weltgeschehen ein

Hintergrund der kirchlichen Kritik an Internet-Hexerei sei primär ein „materialistisches, postmodernes Weltbild“, bemängelt Kotsch. Kritik werde vor allem dort geübt, wo Hexen überhöhte Preise verlangten, unrealistische Erfolge versprächen, die Selbstbestimmung gefährdeten oder an die Stelle professioneller medizinischer oder psychologischer Behandlung träten. Nach Auskunft der Bibel und der meisten Lehrer der Kirchengeschichte seien übernatürliche Kräfte aber „mehr als Psychologie und Neurologie“. Gott sei „nicht nur Inhalt eines traditionellen Glaubensbekenntnisses, sondern Teil der allgemein zugänglichen Realität“. Christen gingen davon aus, dass er aktiv ins Weltgeschehen eingreife, sich für konkrete Menschen interessiere, ihnen zuhöre und Wunder bewirke. Es sei „beschämend“, dass die Kirche diesen zentralen Aspekt der übernatürlichen Welt in ihrer Stellungnahme zur Hexerei vollkommen übergehe, kritisiert Kotsch. Außerdem enthalte der Beitrag keinen Hinweis auf die Realität schädigender Mächte, Dämonen und gefallener Engel.

Warnung vor okkulten Mächten

Bei vielen „WitchTok“-Angeboten handelt es sich dem Theologen zufolge tatsächlich nur um Scharlatanerie, Geldmacherei und den Versuch, die komplexe Welt mit einfachen Ritualen im Griff zu behalten. Darüber hinaus steckten hinter Zauberei und Hexerei aber auch „reale okkulte Mächte, die dem Menschen kurzzeitig helfen, ihn langfristig aber schädigen und geistlich binden“. Jesus und die Apostel sprächen von der realen, personalen Macht Gottes und der Dämonen. Der Teufel versuche, Menschen durch spirituelle Angebote und übernatürliche Phänomene von Gott zu isolieren. Die Bibel warne eindringlich davor, sich mit dem Okkulten, mit esoterischen Praktiken und Hexerei einzulassen. Nach dem Selbstanspruch Jesu gebe es nur einen glaubwürdigen Weg zu Gott.

Deutschland: Wahllokal in Moschee: Fehlende Trennung zwischen Staat und Religion?

Islamforscherin fordert Stimmabgabe an „neutralen Orten“

Berlin (IDEA) – Bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl am 20. September dient die Khadija-Moschee im Stadtteil Pankow als Wahllokal. Das berichtet die Tageszeitung „Die Welt“. Während Kritiker darin eine Aufweichung der Trennung von Staat und Religion sehen, verweisen Befürworter auf die mögliche Stärkung der Wahlbeteiligung. Wahlberechtigte können ihre Stimme in einem Konferenzraum auf dem Moscheegelände abgeben. Nach Angaben des Imams Scharjil Khalid ist es die einzige Moschee in Berlin, die diese Funktion übernimmt. Bereits bei der Europawahl 2024 war dort ein Wahllokal eingerichtet worden. Kritik übte die Islamismusforscherin Prof. Susanne Schröter an dem Vorgang. Eine Wahl sei ein politisches Ereignis. Zur Stimmabgabe sollte man daher an einen „neutralen Ort“ gehen und nicht an einen, der schon „mit einer Ideologie, Religion, Tradition, Vorstellung – dezidierten Vorstellung von Kultur und Normativität aufgeladen ist“, sagte sie dazu der „Welt“. Sie glaube, dass man das den Bürgern nicht zumuten könne, so Schröter. Anderer Meinung ist der Islambeauftragte der badischen und der württembergischen Landeskirche, Friedmann Eißler (Stuttgart). Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte er, er sehe in einem Wahlgang in einer Moschee „keinen zu beanstandenden Vorgang“. Würden Menschen dadurch ermutigt, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, sei dies ein „positiver Effekt“.

Imam fordert mehr Aufmerksamkeit für muslimische Wähler

Anlässlich der anstehenden Wahlen rief Khalid die Parteien dazu auf, die mehr als 400.000 Muslime in Berlin als Wählergruppe ernst zu nehmen. „Die Politik muss Muslime als Verbündete betrachten, nicht als Gegner“, sagte der Imam laut Nachrichtenagentur dpa. Der Kampf gegen den Islamismus könne nur gemeinsam mit Moscheegemeinden und muslimischen Verbänden erfolgreich geführt werden. Muslimische Wahlberechtigte in Berlin seien häufig jung und parteipolitisch nicht festgelegt. Die Khadija-Moschee gehört zur islamischen Reformbewegung Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), die nach eigener Darstellung für einen friedlichen Islam und den interreligiösen Dialog eintritt. Die AMJ ist mit deutschlandweit rund 53.000 Mitgliedern eine der kleinsten muslimischen Organisationen. Laut dem Islamwissenschaftler Carsten Polanz (Bonn/Gießen) verstehen sich die Ahmadis als die „wahren Muslime“. Innerhalb des Islams seien sie umstritten und erlebten vor allem in Pakistan, Bangladesch und Indonesien Diskriminierung und Verfolgung. Die Gruppierung habe den Anspruch einer konsequenten Einhaltung streng ausgelegter schariarechtlicher Bestimmungen in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens. Dazu gehörten eine starke soziale Kontrolle und bei eigenen Veranstaltungen eine konsequente Durchsetzung der Geschlechtertrennung.

Großbritannien: Und weitere Länder boykottieren Siedlungsprodukte

Die britische Regierung will die „Zwei-Staaten-Lösung“ retten und verkündet einen Siedlungsboykott. Andere Länder schließen sich an. Israel ergreift Gegenmaßnahmen.

(Von Israelnetz) LONDON (inn) – Wie schon andere Länder zuvor verschreibt sich nun auch Großbritannien einem Boykott israelischer Siedlungsprodukte. Außenminister Ed Miliband (Labour) verkündete die Maßnahme am Dienstag im Parlament. Kernziel sei es, die Möglichkeit einer „Zwei-Staaten-Lösung“ zu erhalten.

Miliband erklärte, die Maßnahme erfolge im Rahmen eines neuen Ansatzes. Bislang habe Großbritannien dabei zugesehen, wie die „Zwei-Staaten-Lösung“ unterwandert werde. Ab sofort werde Großbritannien solche Entwicklungen nicht nur anprangern, sondern aktiv dagegen vorgehen. „Wir werden die Zerstörung der Zwei-Staaten-Lösung nicht hinnehmen.“

Der Maßnahme schlossen sich Frankreich und Kanada an. Zuvor hatten bereits Belgien, Irland, die Niederlande, Norwegen und Spanien einen Siedlungsboykott auf den Weg gebracht. Am Dienstag erklärten sechs weitere Länder, darunter Finnland und Portugal, solche Maßnahmen zu ergreifen. Sie sprachen sich außerdem für eine europaweite Restriktion des Handels mit Siedlungen aus.

Umfassende Maßnahmen

Miliband warf Israel in seiner Rede vor, im Westjordanland „ethnische Säuberung“ zu betreiben. Zudem verurteilte er die Siedlergewalt, ließ palästinensische Terroraktionen in dem Gebiet aber unerwähnt. Er erklärte weiter, die Regierung betrachte fortan nicht nur die israelischen Siedlungen als illegal, sondern die gesamte „Besatzung“.

Aus israelischer Sicht handelt es sich nicht um eine „Besatzung“, da das Gebiet vor der Eroberung im Sechs-Tage-Krieg 1967 keinem souveränen Staat gehörte. Israel spricht von „umstrittenen Gebieten“, verwendet aber in der Regel die biblische Bezeichnung Judäa und Samaria.

Zu den Maßnahmen gehört auch die Sanktionierung von Unternehmen, die in Siedlungen tätig sind, etwa durch Beteiligung am Häuserbau oder durch Finanzleistungen. Zudem würden Veranstaltungen in Großbritannien verboten, die Immobilien im Westjordanland vermitteln.

Des Weiteren erweitert Großbritannien das Waffenembargo. Es seien bereits mehr als 30 Genehmigungen für Rüstungsexporte ausgesetzt, die Israel im Gazastreifen einsetze, erklärte Miliband. Nun kämen weitere für Waffen hinzu, die dazu dienten, die „Besatzung“ aufrechtzuerhalten.

Gegen BDS-Kampagne

Miliband betonte, der Boykott betreffe nicht das staatliche Israel. Deshalb stelle er sich auch gegen die Israel-Boykott-Kampagne BDS (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen).

In seiner Rede forderte er zudem weitere Hilfsgüter für den Gazastreifen. Der 56-Jährige verurteilte das Terrormassaker vom 7. Oktober, kritisierte jedoch die militärische Reaktion darauf. Israel habe dem Anschein nach Kriegsverbrechen begangen. Dies sei ebenso zu prüfen wie die Frage, ob Israel einen Genozid verübt habe. Miliband beklagte mit Bezug auf Hamas-Zahlen, Israel habe 70.000 Palästinenser getötet; dabei unterschied er nicht zwischen Terroristen und Zivilisten.

Vier Gegenmaßnahmen angekündigt

Der israelische Außenminister Gidon Sa'ar (Neue Hoffnung) warf Miliband in einer Reaktion vor, „unerhörte Lügen“ zu verbreiten. Er betonte, Israel habe nichts gegen das britische Volk. Doch aktuell sei eine „feindliche“ Regierung im Amt. Er kündigte als Reaktion vier Maßnahmen an. Im Kern zielen sie darauf ab, den britischen Einfluss in der Region zurückzudrängen:

Die Schließung des britischen Konsulats in Ostjerusalem – dieses fungiert als faktische Botschaft für die Palästinenser

Den Ausschluss britischer Vertreter vom internationalen Gaza-Unterstützungszentrum in Kiriath Gat

Das Ende der Ausbildung palästinensischer Sicherheitskräfte durch die Briten in Ramallah

Die Verweigerung der Einreise von zwölf Briten, die in anti-israelische Aktivitäten involviert seien oder Israel ganz ablehnten, darunter Labour-Abgeordnete

Ein Korrespondent des britischen Senders „Sky News“ erklärte am Dienstagabend, die Schließung des Konsulats habe das dortige Personal überrascht. Die Diplomaten hätten mit Maßnahmen wie der Einbestellung des Botschafters gerechnet, doch nicht mit so einem Schritt.

Sa'ar betonte weiter, Israel werde auch gegenüber anderen Ländern, die eine ähnliche Politik starten, Maßnahmen ergreifen. Juden hätten das Recht, im ganzen Land Israel als ihrem ursprünglichen Heimatland zu wohnen. Er bezog sich auf die [Beschlüsse des Völkerbundes](#), die die Vereinten Nationen übernommen hatten.

Palästinenser: Schritt in die richtige Richtung

Die Palästinensische Autonomiebehörde begrüßte die Initiative. Es handele sich um einen „Schritt in die richtige Richtung“. Es sei wichtig, diesen mit weiteren internationalen Maßnahmen zu begleiten, „um die koloniale Siedlungsausweitung zu stoppen“. Präsident Mahmud Abbas (Fatah) rief weitere Länder dazu auf, den „Staat Palästina“ in den „Grenzen von 1967“ mit Ostjerusalem als Hauptstadt anzuerkennen.

Die USA hielten sich mit einem Kommentar zu dem Vorstoß zunächst zurück. Außenminister Marco Rubio (Republikaner) erklärte lediglich, Washington teile das Anliegen, Stabilität in Nahost zu fördern.

Umstrittener Siedlungsplan

Unmittelbarer Anlass der Maßnahmen ist die geplante Bebauung des Gebietes E1 östlich von Jerusalem. Das 12 Quadratkilometer große Areal liegt im Westjordanland in der Zone C, wo Israel gemäß den Oslo-Verträgen die volle Kontrolle hat, und innerhalb der Stadtgrenze der Siedlung Ma'ale Adumim.

Die Pläne hatte Israel schon 1994 unter dem damaligen Regierungschef Jizchak Rabin (1922–1995) entworfen, auf internationalen Druck hin aber eingefroren. Die aktuelle Regierung erneuerte sie im August 2025. Finanzminister Smotritsch [stellte die Pläne vor](#) und betonte, diese dienten dazu, die „Zwei-Staaten-Lösung“ zu begraben. Dies zitierte Miliband auch in seiner Rede.

Israel versteht den geplanten Bau zudem als weiteren Schutz für die Hauptstadt Jerusalem vom Osten her. Nach Einschätzung vieler Länder würde dies jedoch das Westjordanland in eine Nord- und Südhälfte zerschneiden.

Sa'ar ging auf die Vorwürfe ein und verwies darauf, dass zu den Plänen Israels der Bau zweier Straßen gehöre, die dies verhinderten. Die eine verbinde etwa Ramallah (nördlich von Jerusalem) und Bethlehem (südlich von Jerusalem).

Konservative: Schädlich für Palästinenser

Die Maßnahme der britischen Regierung rief auch andernorts Kritik hervor. Der außenpolitische Sprecher der oppositionellen Konservativen, Tom Tugendhat, sagte im Parlament, der Schritt schade auch den Palästinensern, die in Siedlungen arbeiten.

Zudem beanstandete er den Zeitpunkt: Israel stehe kurz vor der Phase wichtiger Feiertage, gefolgt von den Parlamentswahlen Ende Oktober. Der Schritt könne radikalen Kräften in Israel Auftrieb geben. Er sei insofern „unklug“.

Die Parlamentsgruppe Konservative Freunde Israels (CFI) sprach bereits am Montag infolge von Vorabberichten von einem „dunklen Tag in der Geschichte der britischen Außenpolitik“. Die Labour-Regierung folge damit „den schlimmsten Instinkten und den radikalsten Rändern“. Angesichts komplexer Lieferketten könnte dies einen Boykott ganz Israels bedeuten.

Die Entscheidung der Regierung ist auch auf innerparteiliche Debatten zurückzuführen. Am 7. Juni hatten 140 der 403 Labour-Abgeordneten – 33 Prozent – von der Regierung härtere Maßnahmen gegen Siedlungen und einen Boykott gefordert. Am 27. September findet der Labour-Parteitag statt.

Drastische Gegenreaktionen gefordert

Israelische Regierungsmitglieder hatten bereits angesichts von Vorberichten drastische Gegenmaßnahmen verlangt. Finanzminister Bezalel Smotritsch (Religiöser Zionismus) forderte am Montag die umgehende Ausweisung des britischen Botschafters. Israel werde nicht die Matte sein, auf die eine „antisemitische Regierung trampelt, in einem Land, das vom radikalen Islam erobert wurde“.

Der Streit bringt auch das Schicksal der britischen Falkland-Inseln im Südatlantik in den Fokus. Polizeiminister Itamar Ben-Gvir (Jüdische Stärke) forderte am Montag, dass Israel diese als argentinisch anerkennt. Der argentinische Präsident Javier Milei (Partido Libertario) hatte in den vergangenen Tagen die Ansprüche auf die Inseln untermauert.

Doch so ein Schritt würde wohl auch die Israel wohlgesonnenen Kräfte in Großbritannien verprellen. Oppositionsführerin Kemi Badenoch (Konservative) wies die argentinischen Ansprüche auf die Falkland-Inseln ebenso zurück wie den Siedlungsboykott der Regierung.

US-Politiker erwägen Gegenmaßnahm

Der neue Ansatz Großbritanniens stößt auch bei einigen Politikern in den USA auf Unmut. Randy Fine, republikanischer Abgeordneter im Parlament von Florida, wies darauf hin, dass sein Staat Israelboykott verbiete. Dies könnte britische Unternehmen beeinträchtigen, die in Florida Geschäfte machen wollten.

Zudem stellte eine Delegation von 20 Senatoren der Staatenebene Gegenmaßnahmen in Aussicht. Sie kündigte Gesetze zum Verbot des Israelboykotts an. Die Gruppe bereist derzeit Judäa und Samaria. Angeführt wird sie von Jason Rapert. Der frühere Senator in Arkansas ist Gründungspräsident des Nationalen Verbands Christlicher Abgeordneter (NACL). (df)

Israel: Erste Festnahmen nach Siedlergewalt in Kusra

Einsatzkräfte von Polizei und Armee

(Von Israelnetz) **Im Zusammenhang mit den Gewaltaktionen einiger Siedler in Kusra kommt es nun zu Festnahmen. Staatspräsident Herzog betont, Israel sei bemüht, derlei Taten zu unterbinden.**

NABLUS (inn) – Infolge der Siedlergewalt in der palästinensischen Ortschaft Kusra haben israelische Sicherheitskräfte erste Verhaftungen vorgenommen. Am Donnerstag nahmen sie fünf Verdächtige fest, die sich an den Angriffen beteiligt haben sollen, darunter ein Wehrpflichtiger.

Nach eigenen Angaben nahm die Polizei zwei Verdächtige im Alter von 16 und 18 Jahren am Ben-Gurion-Flughafen fest. Sie waren auf dem Weg zur Pilgerstätte Uman in der Ukraine anlässlich des anstehenden jüdischen Neujahrs. Nach einer Befragung entließen die Sicherheitskräfte den 16-Jährigen und verordneten eingeschränkte Bewegungsfreiheit.

Bei den anderen Festgenommenen handelt es sich um zwei 19-Jährige und einen 29-Jährigen. Einer der 19-Jährigen hatte sich auf einer Baustelle in der Siedlung Eli vor den Sicherheitskräften versteckt.

Weltweite Aufmerksamkeit

Am vergangenen Wochenende hatten sich extremistische Siedler in einem palästinensischen Wohnhaus verbarrikadiert. Die Armee rückte zwar an, nahm aber vorerst niemanden fest.

Die Gewaltaktion war eine weitere in einer Reihe von ähnlichen Vorfällen in den vergangenen Wochen. Staatspräsident Jizchak Herzog und der israelische Premier Benjamin Netanjahu (Likud) verurteilten die Vorfälle.

Die Siedlergewalt sorgt regelmäßig für weltweite Aufmerksamkeit. Viele Länder verurteilen die Taten und fordern ein beherztes Eingreifen von Israel.

Herzog: Große Bemühungen, Gewalt einzudämmen

Am Mittwoch sagte Herzog dem amerikanischen Sender CNN, die Gewalttäter seien ein Schandfleck für den Staat Israel. Zugleich handele es sich um ein Randphänomen einiger „jugendlicher Missetäter“. Es gebe große Bemühungen der Behörden, derlei Taten zu unterbinden und Tatverdächtige festzunehmen.

Unterdessen geht die Armee auch weiter gegen palästinensische Terrorversuche vor. Am Donnerstag schloss sie einen zweitägigen Einsatz im Großraum Nablus ab. Dabei nahmen die Soldaten zehn Palästinenser fest und zerstörten Gerätschaften zur Waffenherstellung. (df)

Israel: Humanitärer Helfer entpuppt sich als Terrorist

Israel fordert Entschuldigung von Belgien

(Von Israelnetz v. 8. September 2026) Die israelische Botschaft in Belgien hat vom Außenministerium am Sonntag eine Entschuldigung gefordert. Die Regierung in Brüssel hatte Ende April 2024 beklagt, dass Israel einen Mitarbeiter der belgischen Behörde für Entwicklungsbehörde, Enabel, getötet hatte. Als Folge bestellte sie die damalige israelische Botschafterin Idit Rosenzweig-Abu ein. Wie neue Belege zeigen, war der getötete Mitarbeiter jedoch Mitglied der Hamas. Ein der Terror-Organisation nahestehender Telegram-Kanal veröffentlichte vergangene Woche ein Foto von ihm in Uniform. (df)

Kirgistan: Hoffnung auf 2. Gerichtsverhandlung

(Licht im Osten) Kommenden Donnerstag, 10. September hat die zweite Gerichtsverhandlung bezüglich des Freizeitgeländes stattzufinden, nachdem zu früher angesetzten Terminen einer der Kläger wiederholt nicht erschienen war. **Bitte beten Sie,**

- > dass auch die zweite Gerichtsverhandlung wie die erste zugunsten des Gemeindeverbands entschieden wird.
- > dass der Herr den alljährlichen Anfeindungen, in denen versucht wird, die Freizeitarbeit unmöglich zu machen, ein Ende setzt.
- > Danken wir unserem Herrn für die Bewahrung, die er schon über zwei Jahrzehnte hinweg gegen all diese Anfeindungen geschenkt hat.

Myanmar: Anhaltende Unruhen

Ein Ende der inneren Unruhen in Myanmar ist nicht in Sicht, und Christen leiden darunter mehr als die meisten anderen. Statistisch gesehen sind 6,2 % der Bevölkerung Myanmars Christen, doch die Mehrheit davon stammt aus Bergvölkern, insbesondere aus den ethnischen Gruppen der Kachin, Chin, Shan und Karen.

Myanmars Militärregierung besteht hauptsächlich aus Angehörigen der ethnischen Mehrheitsgruppe der Burmanen, die überwiegend buddhistisch sind. Kirchen und Christen, insbesondere in den nördlichen Bergregionen, sind Opfer von staatlich gelenkter Diskriminierung und Brutalität, lassen sich jedoch nicht von ihren Aktivitäten zur Evangelisation und zum Gemeindewachstum abbringen. Die Bibelschulen reichen von kleinen unabhängigen Einrichtungen bis hin zu großen theologischen Hochschulen, und alle sind voll besetzt.

Suffering Church/ WORLDNEWS 332 Bridgeway Publications 15 August 2026

Nigeria: Mons. Ugorji kritisiert „absolute Kontrolle“ über Missions- und Privatschulen

Abuja (Fides) – „Wir sehen uns verpflichtet, die zunehmend despotischen und überzogenen Richtlinien anzuprangern, die der Bildungsbeauftragten des Bundesstaates Imo in jüngster Zeit über die sozialen Medien veröffentlicht hat.“ Mit diesen Worten kritisierte Lucius Iwejuru Ugorji, Erzbischof von Owerri, die Bildungspolitik von Bernard Thomson, dem Bildungsbeauftragten des im Südosten Nigerias gelegenen Bundesstaates Imo.

In einer am 4. September veröffentlichten Erklärung äußert der Erzbischof seine Sorge über die jüngsten Vorgaben des Bildungsbeauftragten für konfessionelle und private Schulen. Diese beeinträchtigten nach seiner Einschätzung die Zusammenarbeit, die akademische Freiheit, den offenen Dialog und die Beteiligung der maßgeblichen Akteure im Bildungswesen.

„Ein gesundes Bildungssystem beruht auf Zusammenarbeit, offenem Dialog, akademischer Freiheit und gegenseitigem Respekt zwischen Schulleitungen, Lehrern, Eltern und Schülern“, betont Erzbischof Ugorji. Die derzeitige Leitung des Bildungsministeriums von Imo habe sich hingegen für einen diktatorischen und autoritären Kurs entschieden, der von Einschüchterung, der Unterdrückung abweichender Meinungen und der Aushöhlung demokratischer Verfahren geprägt sei. „Dieser Top-down-Ansatz bedroht die Grundprinzipien unseres Bildungssystems. Er nimmt den Lehrern die dringend notwendige Eigeninitiative und Entscheidungsfreiheit und ersetzt sie durch starre und fehlerhafte Vorgaben“, erklärt er. Als „besonders besorgniserregend“ bezeichnet Mons. Ugorji die jüngsten Maßnahmen zur Zentralisierung der Kontrolle und zur detaillierten Steuerung von Missions- und Privatschulen. Dazu gehörten die Verpflichtung christlicher Schulen im Bundesstaat Imo, islamische Feiertage zu berücksichtigen, die staatliche Festlegung der Termine für Schulbeginn und -ende, die Androhung von Sanktionen gegen Lehrer, die berufliche Bedenken äußern, sowie die Vorgabe, ausschließlich Schulbücher aus einer staatlich genehmigten Liste auszuwählen. Auch die Preise dieser Bücher würden von den Behörden einseitig festgelegt.

„Diese Maßnahmen dienen nicht dem Wohl unserer Kinder“, warnt der Erzbischof. Er sieht darin die Gefahr, ein „Klima der Angst, des Zwangs, der Unterwerfung und der geistigen Stagnation“ zu schaffen. Stattdessen müsse Bildung nach Auffassung Mons. Ugorjis kritisches Denken und die Vielfalt der Ideen fördern, anstatt eine „starre ideologische Konformität“ zu erzwingen.

Der Erzbischof von Owerri fordert den Bildungsbeauftragten daher auf, die seiner Ansicht nach einseitig erlassenen Richtlinien unverzüglich zurückzunehmen und einen transparenten und konstruktiven Dialog mit den betroffenen Beteiligten aufzunehmen. Zugleich appelliert Mons. Ugorji an den Gouverneur des Bundesstaates Imo, Hope Uzodinma, den Bildungsbeauftragten zur Ordnung zu rufen.

(L.M.) (Fides, 7/9/2026)

Pakistan: Christliche Krankenschwester als Heldin gewürdigt

Razia Noreen rettete ein Baby vor einem Feuer auf einer Säuglingsstation

Islamabad (IDEA) – Pakistans Premierminister Shehbaz Sharif hat eine christliche Krankenschwester geehrt, die während eines Brandes auf einer Säuglingsstation ein Baby gerettet hat. Das berichtet die Nachrichtenplattform „Christian Daily International“. Bei dem Feuer am 26. August im „Pakistan Institute of Medical Sciences“ (PIMS) in Islamabad kamen 14 Neugeborene ums Leben. Sharif empfing Razia Noreen am 2. September in seinem Amtssitz und würdigte sie als „Tochter der Nation“. Ganz Pakistan sei stolz auf ihren Mut. „Die Mutter des Kindes, das Sie gerettet haben, wird Sie segnen“, so der Premierminister.

Flammen verhindern weitere Rettungen

Das Feuer in dem staatlichen Krankenhaus brach den Angaben zufolge gegen 7 Uhr morgens auf der Station für Mutter-Kind-Gesundheit aus, wo 15 Neugeborene betreut wurden. Videoaufnahmen zeigten, wie Noreen in das verrauchte Säuglingszimmer rannte und Sekunden später mit einem Baby im Arm wieder herauskam. Sie versuchte, weitere Kinder zu retten, konnte jedoch infolge der sich rasch ausbreitenden Flammen und des dichten Rauchs nicht mehr in den Raum zurückkehren. Eine spätere staatliche Untersuchung deckte schwerwiegende Mängel beim Brandschutz und bei den Notfallmaßnahmen des Krankenhauses auf. Acht Beamte wurden entlassen, gegen weitere Verantwortliche wurden Disziplinarmaßnahmen eingeleitet.

„Rettung der Babys war meine Pflicht“

Noreen habe „unter Einsatz ihres eigenen Lebens ein Kind gerettet“ und „ein außergewöhnliches Maß an Verantwortungsbewusstsein und Menschlichkeit bewiesen“, betonte Sharif bei seinem Treffen mit ihr. Er kündigte an, dass sie am 23. März den „Sitara-i-Khidmat“ (Stern des Dienstes) – eine hochrangige zivile Auszeichnung für besondere Verdienste – erhalten werde. Zudem überreichte er ihr einen Scheck über umgerechnet 31.000 Euro. Die Krankenschwester betonte, dass sie nicht aus Streben nach Anerkennung oder Belohnung gehandelt habe: „Die Rettung der Babys war meine Pflicht als Krankenschwester.“ Die öffentliche Ehrung Noreens stellt vor dem Hintergrund der zahlreichen Fälle von Blasphemievorwürfen und Mob-Gewalt gegen Christen in Pakistan eine Besonderheit dar. Auf dem Weltverfolgungsindex 2026 des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors steht das muslimische Land an achter Stelle unter den 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Von den rund 250 Millionen Einwohnern sind 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

Philippinen: Der Seelsorger Eduardo „Eddie“ Balindres wurde ermordet

Kidapawan (Fides) – Das Motiv für den Mord an Eduardo „Eddie“ Balindres, einem katholischen Laien und Seelsorgekoordinator der Pfarrei Matalam in der Diözese Kidapawan in der Provinz Cotabato auf der Insel Mindanao im Süden der Philippinen, ist noch unbekannt. Der Mann, ein sehr aktives Mitglied der Gemeinde, vertrauenswürdiger Mitarbeiter des Pfarrers und Koordinator der Gemeindeaktivitäten, wurde am 31. August 2026 auf dem Heimweg im Barangay (Stadtteil New Abra) von unbekannten Angreifern erschossen. Aus dem Hinterhalt heraus eröffneten die Täter wiederholt das Feuer, trafen ihn tödlich und flohen anschließend sofort. Die örtliche Polizei hat Ermittlungen eingeleitet, um die Identität der Mörder zu ermitteln und das Motiv für den Mord aufzuklären.

Die Pfarrei Matalam und die Diözese Kidapawan haben ihre Bestürzung und Trauer über diesen plötzlichen Verlust zum Ausdruck gebracht. Die Diözese Kidapawan unter der Leitung von Bischof Jose Colin M. Bagaforo, D.D., veröffentlichte eine offizielle Erklärung, in der der Mord an Balindres scharf verurteilt wurde. Die örtliche Kirche richtete einen eindringlichen Appell ein, in dem sie Gerechtigkeit, Frieden und den Verteidigung der Menschenwürde forderte, und schloss sich dabei Hashtags wie #JusticeForEduardoBalindres an.

Die Pfarrei Matalam würdigte Balindres als „eine tragende Säule der Gemeinde, einen vertrauenswürdigen, aktiven und zutiefst engagierten Mitarbeiter, der sich der Koordination und Unterstützung aller pastoralen Aufgaben verschrieben hatte“. Die Gläubigen drückten ihre tiefe Bestürzung aus und beschrieben ihn als „einen mutigen Diener, der sein Leben der Hilfe für seine Mitmenschen widmete“.

Die Ermittlungen dauern an, doch bislang wurde noch kein Verdächtiger identifiziert oder festgenommen. Die Ermittler untersuchen das Privatleben von Balindres sowie seine Rolle als Gemeindevorsteher, um herauszufinden, ob er Drohungen erhalten hatte, doch das Motiv für den Mord bleibt vorerst unbekannt. Der Mord reiht sich in eine besorgniserregende Serie von Gewalttaten in der Region Matalam ein und löst große Ängste unter den Anwohnern und den vor Ort tätigen Freiwilligen aus. Das Gebiet um Kidapawan und die gesamte Provinz Cotabato sind seit Jahrzehnten mit komplexen Verhältnissen konfrontiert, die die Unsicherheit schüren. Vor kurzem war das Grenzgebiet zwischen Matalam und Kidapawan Schauplatz blutiger Ausschreitungen zwischen bewaffneten Gruppen, die gerade mit Landfehden zusammenhingen und Opfer sowie die Vertreibung ganzer Familien zur Folge hatten. Zudem beherbergt die Region verschiedene bewaffnete Gruppen, die mit dem islamistischen oder kommunistischen Separatistenaufstand im Süden der Philippinen in Verbindung stehen: Historisch gesehen sind dort die Moro Islamic Liberation Front (MILF) und die Moro National Liberation Front (MNLF) präsent, die zwar Friedensabkommen mit der Regierung unterzeichnet haben, doch sind einige lokale Fraktionen weiterhin in Gewalttaten verwickelt. In der Region sind auch die kommunistischen Rebellen der NPA (New People's Army) aktiv, die für Hinterhalte und terroristische Drohungen bekannt sind.

(PA) (Fides-Agentur 7/9/2026)

Russland: Verzweifelter Hilferuf aus einem russischen Gefängnis

IGFM durchbricht die Isolation

(IGFM) Der politische Gefangene Valery Perov (deutsch: Walerij Perow) wurde in Russland wegen kritischer Äußerungen zum Krieg gegen die Ukraine zu elf Jahren Haft verurteilt. In einem Brief aus dem Gefängnis berichtet er über Isolation, schlechte Ernährung, fehlende medizinische Versorgung und psychische Belastungen. Die IGFM unterstützt ihn und seine Familie unter anderem finanziell, ermöglicht Besuche und setzt sich für politische Unterstützung und bessere Haftbedingungen ein. Perov zeigt sich für die Hilfe und das anhaltende Interesse an seinem Schicksal dankbar.

Im Juli 2026 schrieb eine nahe Angehörige von Perov der IGFM: *„Valery erhält keine angemessene medizinische Versorgung. Er klagt ständig über Schmerzen im Arm und nun auch im Bein (bei ihm wurde Arthritis diagnostiziert), aber die Ärzte im Gefängnis sagen ihm, alles sei in Ordnung und verschreiben ihm lediglich Schmerzmittel. Es gibt keine normale Ernährung, die Nahrung ist vitaminarm, es gibt keine Möglichkeit, sich zu bewegen oder frische Luft zu atmen. Und er wird psychisch misshandelt: Zum Beispiel wird er oft als Terrorist und Verräter beschimpft, und man hat ihm die Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter verweigert.“*

Sie bestätigte, dass sie von der IGFM durch eine Vermittlerin Geld bekommen hat, mit dem sich Valery Perov im Lebensmittelladen des Gefängnisses etwas kaufen konnte und schickte als Beleg die Einkaufsquittungen. Zusätzlich erhielt sie Geld, damit Maria Perova, Ehefrau von Valery, mit dem Bus von Nischni Nowgorod zur Strafkolonie im Dorf Prosek reisen kann, um ihren Mann besuchen zu können. Valery Perov ist der IGFM dankbar für diese Unterstützung und das anhaltende Interesse an seiner Situation.

Zum Unterstützungsprogramm für politische Gefangene in Russland gehören insbesondere unsere Bemühungen für jeden, mit dem die IGFM in Kontakt steht – so also auch für Valery Perov – einen politischen Paten zu finden (MdB, MdEP und andere). Wir verfolgen die Schicksale und berichten fortlaufend in der Form von Updates auf der IGFM-Webseite. Dafür halten wir engen Kontakt zu den Anwälten und den nächsten Familienangehörigen und fördern deren Besuchsreisen, besonders wichtig ist dies für die minderjährigen politischen Gefangenen. Wo dies notwendig ist, helfen wir bei der Bezahlung von Rechtsanwälten und bei der medizinischen Versorgung. Wer mit politischen Gefangenen Kontakt aufnehmen will, erhält von der IGFM ein Porträt der/des politischen Gefangenen und eine Anleitung, was im Schriftverkehr zu beachten ist. Angesichts des Umrechnungskurses Rubel-Euro kann man mit relativ kleinen Beträgen wirkungsvoll helfen. Aber wegen der hohen Zahl politischer Gefangener in Russland, die der IGFM bekannt sind, erbitten wir Ihre großzügige Unterstützung.

Ukraine: Beten Sie, dass der Krieg endlich aufhört!

(Licht im Osten) Ein Mitarbeiter schreibt: „Wir setzen unseren Dienst für die Vertriebenen und die Familien der Soldaten fort. Viele von ihnen kennen wir bereits persönlich. Es ist schwer, wenn man beispielsweise die Mutter eines Soldaten trifft und sie fragt, wie es ihrem Sohn geht. Und sie weint, weil ihr Sohn inzwischen von russischen Aggressoren getötet wurde. Wie viel Leid haben sie uns gebracht! Viele Vertriebene, die ihr Zuhause und ihren Besitz verloren haben, kämpfen an ihrem neuen Wohnort ums Überleben. Wir möchten ihnen so gut wie möglich helfen, sowohl materiell als auch geistlich.“ Bitte beten Sie

➤ für diejenigen, die durch den Krieg einen oder so-gar mehrere liebe Menschen verloren haben, und für die Vertriebenen, die alles zurücklassen mussten, dass der Herr ihnen in ihrem so unglaublich großen Schmerz begegnet und Trost schenkt. „Liebe Freunde, ich bin Ihnen von ganzem Herzen dank-bar, dass wir diesen Dienst dank Ihrer Unterstützung fortsetzen können. Nach einer solchen Begegnung und der Verkündigung des Evangeliums kam Alexander auf mich zu und stellte mir viele Fragen, unter anderem zum Okkultismus, mit dem er früher zu tun gehabt hatte. Am Ende des Gesprächs sagte er freudig: ‚Wir sehen uns im Paradies wieder!‘“

➤ Danken Sie mit uns, dass schon viele vom Leid des Krieges betroffene Menschen in der Ukraine eine lebendige Hoffnung in Christus gefunden haben.

„Vor Kurzem kam Maxim zum zweiten Mal zu uns. Bei unserem ersten Treffen hatten wir ihm eine Bibel ge-schenkt. Nun bedankte er sich herzlich und sagte, dass er jeden Tag in der Bibel lese. Ich beschloss, ihn etwas näher kennenzulernen. Er ist ein ehemaliger Kriegsgefangener. Als er 2022 Mariupol gegen die russischen Invasoren verteidigte, geriet er zusammen mit anderen ukrainischen Soldaten in Gefangenschaft. Er sagt, die Gefangenschaft sei die Hölle gewesen. Die russischen Soldaten hätten sie nicht nur misshandelt, sondern auch mit ausgeklügelten Foltermethoden gequält. Neben grausamen Schlägen folterten sie sie mit Stromschlägen.

Je mehr unsere Kriegsgefangenen litten, desto mehr freuten sich die russischen Soldaten. Maxim erzählte, wie ein russischer Soldat beschloss, ihm den Arm zu brechen. Es gelang ihm nicht auf Anhieb. Als es ihm schließlich gelang, freute er sich sehr, lachte und sah dabei zu, wie Maxim unter schrecklichen

Schmerzen litt. Ich konnte mir das alles nicht mehr länger anhören und wir wechselten zu allgemeineren Themen.

Maxim sagte, dass viele Kriegsgefangene diese Folterungen nicht ertragen konnten und sich das Leben nahmen. Er selbst betete jeden Tag aufrichtig zu Gott. Einmal erschien ihm Jesus Christus im Traum und sagte, dass er seinen vierzigsten Geburtstag zu Hause feiern werde. Bis zu seinem vierzigsten Geburtstag war es

nicht mehr lange hin. Unerwartet wurde Maxim in die Liste für den Kriegsgefangenenaustausch aufgenommen – und tatsächlich ausgetauscht. Seinen vierzigsten Geburtstag feierte Maxim zu Hause. Maxim zeigte mir ärztliche Gutachten über die Spuren grausamer Folter an seinem Körper. Er erzählte mir, wie schlecht es ihm derzeit sowohl körperlich als auch seelisch geht. Ich dankte Gott, dass ich Maxim wenigstens ein wenig helfen konnte. Wir vereinbarten, uns noch einmal zu treffen.

Mir wurde noch bewusster, wie sehr Menschen wie Maxim Hilfe benötigen – und solche Menschen gibt es in der Ukraine sehr viele. **Ich bete,**

➤ dass Gott mich und unsere Mission weiterhin reichlich dazu gebraucht, diesen Menschen zu helfen.“

➤ Beten wir für Viktor, dass unser Herr ihm Weisheit für die Begegnungen und die rechten Worte in solchen schweren Situationen schenkt.

➤ dass Maxim Schritt um Schritt Heilung erfährt von seinen furchtbaren traumatischen Erlebnissen und auch körperliche Heilung.

➤ Danken wir, dass der Herr es geführt hat, dass Maxim aus der Kriegsgefangenschaft freigekommen ist. „Ich danke Gott für Sie, dass wir gemeinsam in seinem Werk mitarbeiten dürfen.

➤ Bitte beten Sie dafür, dass der Krieg in der Ukraine ein Ende findet und Gott diesem schrecklichen, teuflischen Übel Einhalt gebietet.“

Ukraine: Drohnenangriff zerstört Lager deutscher Hilfsorganisation

Auch Spenden aus Mittelhessen sind betroffen

Cherson/Hungen (IDEA) – Mehrere russische Drohnen haben in der Nacht zum 31. August ein Lager der deutschen Hilfsorganisation Bravery (Berlin) in der südukrainischen Stadt Cherson angegriffen. Das berichtete der junge Christ [Malte Lauterbach](#) (Hungen bei Gießen) gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Der Verein Bravery arbeitet in der Ukraine eng mit kirchlichen Organisationen zusammen. Bei dem Angriff brannten der Lager- und Werkstattbereich aus. Dabei wurden auch Hilfsgüter aus Mittelhessen zerstört. Vernichtet wurden unter anderem Werkzeuge, Arbeitsmaterialien und Spenden, die für die Versorgung der Bevölkerung im kommenden Winter vorgesehen waren. Einige Hilfsgüter konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, etwa ein Smartboard (eine interaktive digitale Tafel) im Wert von rund 6.000 Euro, das Lauterbach im Juli selbst in die Ukraine transportiert hatte. Für ihn war es bereits die vierte Hilfslieferung im Jahr 2026, die er in die Ukraine brachte. Bravery arbeitet mit einer örtlichen Hilfsorganisation zusammen, die unter anderem Menschen aus Gebieten unmittelbar an der Front evakuiert, durch russischen Beschuss beschädigte Wohnungen repariert, zurückgebliebene Einwohner versorgt und Angebote für Kinder organisiert.

USA: Die Folgen einer Zeitenwende

Die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA markieren eine Zäsur. Sie veränderten weltweit das Verhältnis des Westens zu Muslimen und der islamischen Welt.

(IDEA) Sie lösten eine Debatte über den Islam und die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus aus. Muslime und muslimische Gemeinschaften gerieten unter Generalverdacht als potenzielle Terroristen und wurden misstrauisch beäugt. IDEA hat zwei Experten um ihre Einschätzung gebeten, welche Auswirkungen von „9/11“ sie im Laufe der vergangenen 25 Jahre beobachteten.

Christen stigmatisiert und verfolgt

Geopolitisch markierten die islamistischen Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA eine Zeitenwende. Die Anschläge und die Reaktion der US-Regierung haben in einer Kettenreaktion die Welt verändert. Bis heute haben sie Einfluss auf das Leben von Millionen von Menschen und das Verhältnis zwischen Muslimen und Christen weltweit. Als Antwort auf „9/11“ kündigte der damalige US-Präsident George W. Bush einen „War on Terror“ („Krieg gegen den Terror“) an, der eine grundlegende Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik der USA mit sich bringen sollte. Dieser Krieg wandte sich zunächst gegen das Talibanregime in Afghanistan, das dem Gründer von „Al-Kaida“ und Initiator von 9/11, Osama bin Laden (1957–2011), Zuflucht geboten hatte. Als der „Krieg gegen den Terror“ sich 2003 auch gegen den Irak richtete – gerechtfertigt mit der Falschbehauptung, das Land besitze Massenvernichtungswaffen –, empfanden viele Muslime dies als Angriff des christlichen Westens auf die islamische Welt. Das nach dem Sturz von Saddam Hussein (1937–2006) entstandene Machtvakuum führte zur Entstehung von Al-Kaida im Irak (AQI) und des Islamischen Staates (IS). Diese sunnitischen Terrororganisationen stigmatisierten die Christen des Nahen Ostens als Verbündete der westlichen „Kreuzritter“ und verfolgten sie. Christliche Quellen bezifferten den Anteil der Christen im Irak im Jahr 2003 mit acht Prozent der Gesamtbevölkerung, 2007 mit nur mehr zwei Prozent. Dies entspricht einem Rückgang von zwei Millionen auf 580.000 Menschen innerhalb von nur vier Jahren. Heute geht man davon aus, dass weniger als 200.000 Christen im Irak leben.

Eine Kettenreaktion aus Gewalt und Tod

Der dschihadistische Anschlag auf die Sayidat-al-Nejat-Kathedrale in Bagdad im Oktober 2010 mit über 60 Toten war ein Höhepunkt jener von 9/11 ausgelösten Kettenreaktion, die sich fortsetzte in der Eroberung der Stadt Mossul durch den IS im Jahr 2014. 400.000 Jesiden, 200.000 Christen und 200.000 Schiiten wurden damals aus der Provinz Ninive vertrieben, Zehntausende getötet und versklavt. Die mit dem 11. September 2001 begonnene Neuausrichtung der US-Außenpolitik mündete schließlich in ihre seit 2016 belegbare Unterstützung für den Al-Kaida-Kämpfer im Irak, Gründer der Al-Nusra-Front in Syrien und heutigen syrischen Präsidenten Ahmed al-Scharaa.

25 Jahre nach 9/11 scheint das Zusammenleben von Christen und Muslimen stärker denn je von gegenseitigem Misstrauen geprägt – weltweit. Dazu beigetragen haben jedoch nicht nur menschenverachtende islamistische Hassprediger und Terroristen, sondern auch eine postchristliche westliche Politik, die den Folterskandal an unschuldigen Muslimen im „Abu-Ghraib“-Gefängnis nahe Bagdad ermöglicht und den Aufstieg von Dschihadisten zu Staatspräsidenten unterstützt hat.

Pfarrer Peter Fuchs (München) ist Geschäftsführer der christlichen Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity International“ (CSI).

Misstrauen, Generalverdacht, Feindbilder

Nach den Terroranschlägen von New York und Washington erfuhren Muslime in Deutschland, Europa und den USA eine steigende gesellschaftliche Beobachtung und Kontrolle. Muslime wurden häufig pauschal für die Attentate in Haftung genommen, was Polarisation und Diskriminierung verstärkte. Staatliche Initiativen wie islamischer Religionsunterricht, Seminare und Dialogforen wurden eingeführt, um eine konstruktive Integration zu fördern. Doch trotz Bemühungen um interreligiösen Dialog entstanden Feindbilder, die Rechtspopulisten und terroristische Gruppen für eigene Narrative instrumentalisieren konnten.

Der Islam ist eine Staatsräson und kennt in den Herkunftsländern keine eigentliche Säkularität, wie sie der Westen kennt. Andere Religionen werden in islamischen Ländern diskriminiert – etwa in Ägypten, Syrien, im Irak und in anderen arabischen Ländern. Diskriminierungen der Christen im Alltag sind gängige Praxis, z. B. die Zwangsislamisierung junger Frauen. Und der Westen schaut tatenlos zu, wie das Völkerrecht und Menschenrechte wie Religions-, Meinungs- und Pressefreiheit in islamischen Ländern ausgehebelt werden – obwohl diese Länder sich verpflichtet hatten, das Völkerrecht und die Menschenrechte in nationales Recht zu transformieren. Ein immer schwächer werdendes Christentum im Westen – vor allem in Europa – ebnet leider dem fundamentalistischen Islam den Weg und begünstigt, dass mehr und mehr auch Werte des freiheitlich-humanistischen Menschenbildes unterwandert werden. Immer mehr Forderungen islamischer Gruppen in Deutschland nach Integration, z. B. in der Bestattungsordnung, Familienrecht, bei Erbschaft, Scheidungsurteilen, werden unter islamischer Rechtsbewertung heute beurteilt. Der Islam mit seinem kollektivistischen Menschenbild der „Umma“ steht einer individualistischen Lebensauffassung der Selbstbestimmung gegenüber – ein Spannungsverhältnis zwischen Gemeinschaft und individueller Freiheit.

Intoleranz entgegentreten

Es gilt, islamischen Bürgern nicht generell unter Generalverdacht des Terrorismus zu begegnen. Gleichzeitig gilt es, einer Ideologie, die den Terrorismus fördert und intolerant gegenüber anderen Religionen in ihren Herkunftsländern ist, entschiedener zu begegnen: Fördergelder, Subventionen der Weltbank und der Europäischen Kommission müssen unter stärkerer Beobachtung stehen. Die Umsetzung des Völkerrechts und der Menschenrechte in islamisch geprägten Länder muss gewährleistet werden. Echte Integration wird nur dann glaubhaft, wenn der Islam die Freiheiten, die er in Deutschland und Europa genießt, auch deren Herkunftsländern verschafft; wenn Muslime diese Rechte für andere Religionen in ihren Herkunftsländern einfordern, wie es die Bundestagsabgeordnete Caroline Bosbach (CDU) jüngst im Bundestag geäußert hatte. Es bleibt die Notwendigkeit, im Dialog mit dem Islam immer wieder offen zu sein, aber nicht naiv. Die Schnittmenge der Menschenrechte nach der Charta der Vereinten Nationen muss geprüft und gegebenenfalls deren Einhaltung eingefordert werden.

Mina Ghattas (Wiesbaden) ist Jurist und Menschenrechtsaktivist mit koptisch-orthodoxen Wurzeln. Er gehört zum Vorstand des „Europa-komitees Hessen“ und der „Society of International Development“, welche die Vereinten Nationen in entwicklungspolitischen Fragen berät.

IDEA berichtete direkt nach den Terroranschlägen ausführlich über den 11. September 2001. Einige Berichte, Porträts und Analysen aus christlicher Sicht lesen IDEA-Abonnenten unter: idea.de/dossier

USA: Muslime zwischen Wachstum und Misstrauen

Pew-Analyse: Terror hat die Einstellung zu Muslimen nachhaltig verändert

Washington (IDEA) – 25 Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 begegnen viele US-Amerikaner Muslimen weiterhin mit Misstrauen. Zugleich ist ihre Zahl deutlich gewachsen, und sie sind politisch sichtbarer als je zuvor. Das geht aus einer Analyse des Pew Research Center (Washington) hervor. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts im Frühjahr 2026 gaben demnach 43 Prozent der erwachsenen US-Amerikaner an, Muslime seien ihrer Meinung nach weniger patriotisch als andere Amerikaner. 42 Prozent sagten, muslimische Amerikaner hätten einen negativen Einfluss auf das Land. In mancher Hinsicht seien die öffentlichen Einstellungen gegenüber dem Islam heute negativer als unmittelbar nach den Anschlägen, heißt es weiter in der Analyse: Im März 2002 sagten 25 Prozent der US-Erwachsenen, der Islam ermutige eher zu Gewalt als andere Religionen. Anfang 2026 waren es 51 Prozent. Die Einstellungen sind zudem politisch stärker polarisiert. In der aktuellen Umfrage stimmten 76 Prozent der Republikaner und republikanisch orientierten Unabhängigen der Aussage zu, der Islam ermutige zu Gewalt – gegenüber 29 Prozent bei den Demokraten. Unmittelbar nach dem 11. September 2001 lag dieser Unterschied bei 32 zu 23 Prozent. Die von der Bundespolizei FBI erfassten antimuslimischen Hassverbrechen schnellten 2001 auf 481 Fälle in die Höhe, verglichen mit 28 im Jahr 2000. Seitdem schwankten die Zahlen zwischen 95 (2021) und 307 (2016).

Wachsende muslimische Bevölkerung

In den USA leben laut Pew Research Center derzeit rund 5,5 Millionen Muslime. Im Jahr 2007, als das Meinungsforschungsinstitut erstmals die Größe dieser Bevölkerungsgruppe schätzte, waren es 2,4 Millionen. Auch die Zahl der Moscheen ist stetig gestiegen – von rund 1.200 im Jahr 2000 auf knapp 2.800 im Jahr 2020. Dem US-Kongress gehören inzwischen vier muslimische Abgeordnete an; ein fünfter steht kurz vor dem Beitritt. Im Jahr 2001 war es keiner. 2022 wurde der Republikaner Mehmet Oz als erster Muslim von einer der beiden großen Parteien für einen Senatssitz nominiert – er verlor die Hauptwahl in Pennsylvania jedoch. Bei den Demokraten wurde Abdul El-Sayed in Michigan als Kandidat für den US-Senat 2026 aufgestellt. In New York, wo am 11. September die Zwillingstürme einstürzten, wurde der Demokrat Zohran Mamdani in diesem Jahr als erster muslimischer Bürgermeister der Stadt vereidigt.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]